

UN-Menschenrechtskommissarin verlangt Schutz religiöser Minderheiten

Genf/Schweiz, 31.01.2011/APD Die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die Südafrikanerin Navanethem Pillay, hat von der internationalen Staatengemeinschaft entschiedeneren Einsatz gegen Gewalt an religiösen Minderheiten verlangt. Zudem müssten Gesetze abgeschafft werden, mit denen solche Minderheiten benachteiligt würden, betonte Pillay in einem in Genf veröffentlichten Appell. Übergriffe auf Kirchen, Moscheen, Synagogen, Tempel und andere religiöse Stätten müssten ein Weckruf sein, um alle zum Einsatz für mehr Toleranz zu bringen. Die Staaten hätten nicht nur eine moralische, sondern auch die rechtliche Pflicht, den Schutz ihrer religiösen Minderheiten zu gewähren.

Die UN-Menschenrechtskommissarin erinnerte daran, dass Angehörige verschiedener Religionen im vergangenen Jahr Opfer von Übergriffen geworden seien. Dazu gehörten neben den Kopten in Ägypten auch Christen und Muslime in Nigeria und Pakistan. Auch im Iran, in Malaysia, Irak und Indonesien seien Christen, Muslime, Sikhs und andere religiöse Minderheiten Opfer von Anschlägen geworden.

„Der Schutz der religiösen Minderheiten ist keine auf ein Gebiet oder eine Glaubensrichtung beschränkte Herausforderung. Alle Staaten haben religiöse Minderheiten, und viele Angehörige dieser Minderheiten werden mehr oder weniger diskriminiert“, hob Pillay hervor. Sie verlangte, nicht nur in den Gesetzen, sondern auch im politischen Alltag und im Bildungswesen die Förderung von Toleranz in den Mittelpunkt zu stellen. Die Staaten müssten zudem dafür sorgen, dass auch Aufrufe zu religiösem Hass unter Strafe gestellt werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kirchen veröffentlichen "Christliche Patientenvorsorge"

Köln, 30.01.2011/APD Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) haben in Zusammenarbeit mit den weiteren Mitglieds- und Gastkirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) eine neue „Christliche Patientenvorsorge“ herausgegeben. Die Handreichung und das Formular treten als kirchliches Angebot an die Stelle der bisherigen „Christlichen Patientenverfügung“ von 1999 und 2003, von der insgesamt 2,9 Millionen Exemplare angefordert worden waren. Aufgrund des am 1. September 2009 in Deutschland in Kraft getretenen sogenannten Patientenverfügungsgesetzes war eine Überarbeitung erforderlich geworden. Die Handreichung kann im Internet unter www.dbk.de/themen/christliche-patientenvorsorge als Download heruntergeladen oder als Broschüre bestellt werden.

Die rechtliche Neuregelung habe zahlreiche Änderungen der bisherigen „Christlichen Patientenverfügung“ erforderlich gemacht, betonte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch. Das wolle auch der neue Titel „Christliche Patientenvorsorge“ verdeutlichen. Er beziehe sich nicht mehr nur auf die

eigentliche Patientenverfügung, sondern umfasse drei weitere Möglichkeiten der selbstbestimmten Vorsorge: Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Äußerung von Behandlungswünschen.

Patienten könnten in „gesunden Tagen“ im Voraus rechtswirksam bestimmen, was an ärztlichen und pflegerischen Maßnahmen durchgeführt oder nicht durchgeführt werden dürfe, wenn sie sich selbst nicht mehr äußern könnten, so Zollitsch. Die Erfahrung zeige aber, dass sich das Lebensende auch durch eine Patientenverfügung nicht detailliert planen und nicht in allen Einzelheiten regeln lasse. Es seien zugleich Menschen nötig, die andere am Lebensende fürsorglich begleiteten und so einen wichtigen Beitrag zu einem menschenwürdigen Sterben leisteten. Dem werde durch die Bestellung eines Bevollmächtigten Rechnung getragen. Seine Aufgabe sei es, die in der Patientenverfügung niedergelegte Willensäußerung des Patienten zur Geltung zu bringen. Daher „ist die Bestellung eines Bevollmächtigten vorrangig und noch wichtiger als eine Patientenverfügung“, hob Zollitsch hervor.

Bei der inhaltlichen Gestaltung der Patientenverfügung gebe es durch die Rechtsordnung wie auch aus christlicher Verantwortung heraus Grenzen, gab der Erzbischof zu bedenken. So könne man nicht wirksam verfügen, dass der Arzt einen Patienten für den Fall einer unheilbaren Krankheit und großer Schmerzen töte. „Tötung auf Verlangen und aktive Sterbehilfe sind ethisch unverantwortbar und zu Recht in Deutschland strafbar“, betonte Zollitsch. Eine „Christliche Patientenvorsorge“ bedeute zwar nicht, dass sie nur von Christen benutzt werden könne, wohl aber, dass sie von christlichen Überzeugungen geprägt sei, so beispielsweise von der deutlichen Ablehnung der Tötung auf Verlangen und der ärztlichen Beihilfe zur Selbsttötung.

Laut dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Jochen Bohl, sei die erste und wichtigste Frage bei der Patientenvorsorge: „Wer soll an meiner Stelle

entscheiden, wenn ich es nicht mehr selbst kann?“ Hier komme der Person des Vertrauens eine zentrale Rolle zu. Sie könne mit den Ärzten über die Behandlung sprechen und die Wünsche des Patienten einbringen. „Das ist der beste Weg, um sicherzustellen, dass ich so behandelt werde, wie ich es möchte.“ Das neue Formular der „Christlichen Patientenvorsorge“ zeichne sich gegenüber dem alten Formular dadurch aus, dass es zum einen die Vertrauensperson und damit die Vorsorgevollmacht in den Vordergrund stelle und zum anderen die Bestimmungen über die ärztliche Behandlung wesentlich genauer fasse, so Bohl.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber, informierte, dass die ACK von Anfang an in die Bemühungen um eine Patientenverfügung aus christlicher Sicht „einbezogen war“. Das sei bereits 1999 bei der ersten Auflage der „Christlichen Patientenverfügung“ der Fall gewesen. Auch die zweite Auflage 2003 und die jetzige Fassung der „Christlichen Patientenvorsorge“ seien in Verbindung mit der ACK entstanden. Es wäre den Kirchen in der jetzt vorliegenden Handreichung erneut gelungen, die vom christlichen Glauben ausgehenden ethischen Orientierungen gemeinsam zu formulieren, betonte Weber.

Die Deutsche Hospiz Stiftung begrüßte, dass die christlichen Kirchen in Deutschland Hilfe suchenden Menschen eine Handreichung anbieten und zeigte Verständnis dafür, dass der Inhalt „den ethischen Überzeugungen der Verfasser entspricht“. Kritik übte die Patientenschutzorganisation jedoch, dass sich die „Christliche Patientenvorsorge“ nur auf zwei Bereiche konzentriere: Auf den aller Wahrscheinlichkeit nach unabwendbaren Sterbeprozess und auf das Endstadium einer unheilbar, tödlich verlaufenden Krankheit. Das Patientenverfügungsgesetz und das Sterbehilfe-Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) von 2010 seien weitergehender, was aus dem Standardformular der Kirchen jedoch nicht deutlich

werde. In der „Christlichen Patientenvorsorge“ würden für die in der Praxis „weitaus gewichtigere Situation“ einer demenziellen Erkrankung und zum sogenannten Wachkoma „keine überzeugenden Hinweise gegeben, die Menschen die Möglichkeit biete, Behandlungen abzulehnen oder gar gewünschte Behandlungen einzufordern“. An anderen Stellen seien Behandlungsoptionen zur palliativen Schmerzlinderung, etwa Reduzierung der Flüssigkeitszufuhr, nicht angezeigt.

Dazu meinte Landesbischof Bohl, wenn ein Arzt passive Sterbehilfe leiste, sei das eine „Verunklarung“ des Arztbildes, „das auf Leben und nicht auf Sterben ausgelegt ist“. Wenn jedoch ein Patient im Wachkoma zusätzlich eine schwere Krankheit erleide, wäre ein Sterbenlassen vertretbar, so Bohl und Zollitsch.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Verfechter der Religionsfreiheit ausgezeichnet

Bern/Richmond (Virginia/USA), 29.01.2011/APD Der in den USA lebende schweizerisch-französische Doppelbürger, Dr. John Graz, ist am 13. Januar in Richmond (Virginia/USA) mit dem amerikanischen „National First Freedom Award“ für seine Verdienste zur Förderung und Verteidigung der Religionsfreiheit ausgezeichnet worden.

Der Preis wird jedes Jahr im Januar, anlässlich des

amerikanischen Jahrestages für Religionsfreiheit, vom „First Freedom Center“ in Richmond vergeben. Die 1984 gegründete unpolitische und nicht-religiöse Non-Profit-Organisation fördert die Religionsfreiheit durch Bildungsveranstaltungen und Unterrichtsmaterialien. Neben dem nationalen Preis wurde dieses Jahr mit dem „International First Freedom Award“ die pakistanische Juristin Asma Jahangir, UN-Sonderberichterstatteerin für Glaubens- und Gewissensfreiheit von 2004-2010, für deren unermüdlichen Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten geehrt. Jahangir erhielt unter anderem 2008 die Ehrendoktorwürde der Universität Zürich.

Die Preisträgerin verzichtete wegen der angespannten Lage in Pakistan aufgrund der Ermordung des Gouverneurs von Panjab im Zusammenhang mit dem umstrittenen Blasphemiegesetz darauf, ihr Land zu verlassen, um den Preis persönlich in Richmond entgegenzunehmen. Sie wurde durch ihre Tochter und Rechtsanwältin Sulema Jahangar vertreten.

Ferner erhielt der Baptist J. Brent Walker, Leitender Direktor des Gemeinsamen baptistischen Ausschusses für Religionsfreiheit (Baptist Joint Committee for Religious Liberty) den „Virginia First Freedom Award“.

Preisträger John Graz studierte Theologie, Geschichte und Religionssoziologie an den Universitäten von Montpellier und Paris-Sorbonne. „Ich fühle mich durch diese Auszeichnung sehr geehrt und teile diese Ehre mit meinem Mitarbeiterteam“, sagte Graz, Direktor der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit (PARL) der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA. Seit ihrer Gründung 1863 betont die evangelische Freikirche das Menschenrecht der Religionsfreiheit und setzt sich für deren Förderung auf internationaler Ebene, einschließlich bei den Vereinten Nationen, ein.

John Graz vertritt in Publikationen, Radio- und

Fernsehsendungen sowie durch seine Interventionen bei Regierungen und internationalen Fachkongressen mit Nachdruck die Auffassung, dass Religionsfreiheit unterschiedslos für alle Menschen gilt, egal ob sie gläubig sind oder nicht.

„First Freedom Award“-Preisträger vergangener Jahre waren: Madeleine K. Albright, ehemalige US-Außenministerin (2007), Václav Havel, früherer Präsident von Tschechien (2006), Tony Blair, ehemaliger Premierminister von Großbritannien (1999), Garry Wills, Ph.D., Pulitzer Preisträger (2004), Richard C. Holbrooke, Chef-Unterhändler des Dayton Friedensabkommens (1996).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Martin Luther King Day: US-Adventisten organisieren Gedenkfeiern

Silver Spring, Maryland/USA, 28.01.2011/APD „Gemeinsam mit anderen erinnern wir uns an das Leben von Dr. Martin Luther King Jr.“, sagte Pastor Dan Jackson, Präsident der 1,1 Millionen Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika. Der nationale Gedenk- und Feiertag für den 1968 ermordeten Bürgerrechtler findet in den USA jeweils am dritten Montag im Januar statt. „Möge dies nicht einfach ein weiterer Ferientag sein, sondern ein Tag, der zum Nachdenken anregt, wie weit wir als Nation gekommen sind und wo wir sein könnten“, unterstrich Jackson. „Was tust du für andere?“, sei für Martin Luther King

die wichtigste Frage gewesen, die Menschen ständig begleiten sollte, so der Kirchenleiter.

Laut einem Bericht der Nordamerikanischen Kirchenverwaltung, haben adventistische Kirchengemeinden in den USA verschiedene Veranstaltungen zum Gedenken an Martin Luther King durchgeführt. In der Bronx, New York, sei in der Adventkirche ein interkonfessioneller Gottesdienst abgehalten worden. In Baltimore, Maryland, habe der erste afro-amerikanische Kaplan des US-Senats, Admiral Barry Black, eine Gedenkfeier für den Bürgerrechtler gehalten. Die Andrews University in Berrien Springs, Michigan, habe die Tätigkeit von Martin Luther King anschaulich dargestellt und so erlebbar gemacht. In Los Angeles hätten sich die adventistischen Pfadfinder an der Straßenparade zu Ehren von King beteiligt. Mehr als 400 Studenten und Professoren der Southern Adventist University hätten am Gedenktag 20 gemeinnützige Projekte in Chattanooga, Tennessee, durchgeführt. In den südwestlichen Kirchenbezirken der USA seien am Gedenktag in verschiedenen Städten Essen an Obdachlose ausgegeben sowie Reinigungsaktionen durchgeführt und Kleidung an Bedürftige verteilt worden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

**Kirche will nigerianische
Regierung wegen Wahltermine**

verklagen

Aba/Nigeria, 27.01.2011/APD „Wir wollen vor Gericht gehen, um unsere Rechte einzufordern“, kündigte Pastor Bassey Udoh, Generalsekretär der evangelischen Freikirche der Siebententags-Adventisten im Osten Nigerias, gegenüber der News Agency of Nigeria an, da alle drei Wahltermine im April 2011 auf einen Samstag, dem Ruhetag der Adventisten, festgelegt wurden. „Wir sind in Bezug auf Wahlen während vieler Jahre unterdrückt, an den Rand gedrängt und entrechtet worden und wir fragen: Wie lange noch?“ unterstrich Pastor Udoh. „Wir planen in jedem Landesteil Kundgebungen, wenn uns das Wahlrecht erneut verweigert wird.“

Die Unabhängige Nationale Wahlkommission (INEC) hatte festgelegt, dass die Wahltermine für die Nationalversammlung, die Gouverneurs-, Landtags- und Präsidentschaftswahlen ausnahmslos an Samstagen stattfinden sollen. Die Freikirche feiert, wie die jüdische Glaubensgemeinschaft, den biblischen Sabbat (Samstag) als Ruhetag. Damit auch Adventisten wählen können und nicht in einen Konflikt zwischen ihrer Staatsbürgerpflicht und dem Ruhetagegebot geraten würden, habe die adventistische Kirchenleitung in Nigeria die INEC gebeten, die Wahlen an Werktagen stattfinden zu lassen, so Pastor Joseph Adebisi Ola, Präsident der Adventisten im Nordwesten Nigerias.

Zum Verhältnis von Kirche und Staat, heißt es in einer Erklärung der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA: „Adventisten sollten ihre Bürgerpflicht ernst nehmen. Wir sollten uns an den Wahlen beteiligen, sofern uns dies möglich ist und wir mit gutem Gewissen daran teilnehmen können. Wir sollten uns verpflichten, uns am Aufbau unseres Gemeinwesens zu beteiligen.“

Als weltweite Kirche kennen die Adventisten nicht nur kulturelle Unterschiede in Bezug auf die Frage der

Frauenordination, sondern auch im Hinblick auf die Wahrnehmung des Wahlrechts an Samstagen. Ellen G. White, Mitbegründerin der Kirche, hatte vor über 100 Jahren in den USA die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen auch am Ruhetag empfohlen.

Von den 144 Millionen Einwohnern Nigerias sind über eine halbe Million adventistische Christen, davon 276.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 858 Kirchengemeinden. Laut Pastor Udoh habe die Freikirche seit ihrer Gründung in Nigeria im Jahr 1914 viel zur Entwicklung des Landes beigetragen, so speziell in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Die Adventisten unterhalten in dem westafrikanischen Land eine Universität, fünf Gymnasien, drei Mittelschulen und 101 Grundschulen sowie vier Krankenhäuser und 17 Kliniken.

In Nigeria besteht eine kaum überschaubare Vielfalt an religiösen Gemeinschaften. Rund 50 Prozent der Nigerianer sind Muslime, vor allem in Norden des Landes. Etwa 40 Prozent sind Christen und rund zehn Prozent bekennen sich zu einer traditionellen afrikanischen Religion. Außer den Adventisten halten auch folgende christliche Kirchen in Nigeria den Sabbat: Holy Sabbath Church, Seventh-Day Baptist Church, Church of God Seventh-Day und die Sabbath Holy Church.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Russische

Adventisten

verurteilen Terroranschlag am Flughafen Domodedovo

Moskau/Russland, 26.01.2011/APD „Schmerzlich berührt haben wir am 24. Januar die Nachricht von dem brutalen und abscheulichen Terroranschlag auf dem Moskauer Flughafen Domodedovo zur Kenntnis genommen“, schreibt in einer Stellungnahme Pastor Oleg Gontscharow, adventistischer Mediensprecher der westrussischen Kirchenleitung.

„Die Siebenten-Tags-Adventisten in Russland sprechen den Verwandten und Freunden der Opfer im In- und Ausland ihr Beileid aus und beten für die Heilung der Verletzten des Anschlags“, heißt es in der Erklärung.

Überfälle und Gewalt seien keine tolerierbaren Mittel, um irgendein Problem in der Gesellschaft zu lösen, betonte Gontscharow. „Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens, wollen wir für Frieden und Aussöhnung in Russland arbeiten und beten.“

Die west- und ostrussische Kirchenverwaltung der Siebenten-Tags-Adventisten mit Sitz in Moskau beziehungsweise Novosibirsk betreuen 53.300 erwachsen getaufte Mitglieder in 705 Kirchengemeinden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Italien: Kontroversen bei der Gesetzgebung zur Religionsfreiheit

Rom/Italien, 26.01.2011/APD Der italienische Außenminister Franco Frattini hat Anfang Januar zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Guido Westerwelle einen weltweiten, wirksamen Schutz der Religionsfreiheit gefordert. Als Reaktion darauf forderte die Föderation Evangelischer Kirchen in Italien (FCEI) am 12. Januar in einer Erklärung die italienische Regierung auf, ein Gesetz zum Schutz der Religionsfreiheit zu verabschieden. Die FCEI erinnerte daran, dass der Einsatz des Außenministers für die Religionsfreiheit auf internationaler Ebene zwar lobenswert sei, in Italien aber noch kein Rahmengesetz dazu bestehe.

Das Kultusgesetz für Minderheitskirchen stamme aus der Zeit des Faschismus. Durch die Schaffung der italienischen Verfassung im Jahr 1948 seien Teile des Kultusgesetzes nicht mehr verfassungsgemäß und müssten dringend revidiert werden, erläuterte Dora Bognandi (Rom), Abteilungsleiterin für Religionsfreiheit der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Italien. Die Vorschläge zum neuen Gesetz zur Religionsfreiheit seien aber in einigen Punkten einschränkender, als das bestehende Kultusgesetz für Minderheitskirchen.

„Die in der Gesellschaft verbreitete Abwehr gegen den Islam hinterlässt auch in der Gesetzgebung ihre Spuren“, betonte Dora Bognandi. Im vorgesehenen Gesetz zur Religionsfreiheit sei unter anderem vor der Errichtung einer religiösen Versammlungsstätte die Zustimmung der betroffenen Bewohner durch ein Referendum vorgesehen. „Man kann sich leicht vorstellen, was ein solcher Passus für die protestantische Minderheit, wie die Adventisten, bedeuten kann, wenn er Eingang in die Gesetzgebung finden sollte“, sagte die

Abteilungsleiterin.

Laut Bognandi gebe es in der Lombardei bereits regionale Gesetze, die Nutzungsänderungen eines Gebäudes verbieten würden. Protestantische Minderheitskirchen seien oft klein und müssten Räume in Gebäuden mieten, deren Nutzung nicht für gottesdienstliche Versammlungen vorgesehen seien. Es zeige sich, dass die Kampagnen gegen Muslime und die Einschränkung von deren Religionsfreiheit, immer auch christliche Minderheitskirchen treffen würden.

In der FCEI sind rund 65.000 Christen protestantischer Traditionen zusammengeschlossen, und zwar Waldenser, Methodisten, Baptisten, Lutheraner, Mitglieder der Heilsarmee und Angehörige weiterer evangelischer und pfingstkirchlich-charismatischer Gemeinschaften. Laut Dora Bognandi haben die Adventisten in der FCEI seit 2006 den Gaststatus und beteiligen sich an der Herausgabe des FCEI-Jahresbuches, das jeweils am 17. Februar publiziert wird. Das ist der Jahrestag der Zuerkennung religiöser Rechte und bürgerlicher Freiheiten an die Waldenser, die ihnen 1848 in einem Patent von König Karl Albert von Piemont-Sardinien nach 700 Jahren Verfolgung gewährt wurden.

Die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zählt in Italien über 9.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 108 Kirchengemeinden. Zu ihren Einrichtungen zählen die adventistische Theologische Fakultät „Villa Aurora“ (Florenz), das Verlagshaus ADV (Impruneta bei Florenz), ein Altenheim (Forli) sowie zwei Jugendgästehäuser (bei Poppi und auf Sizilien). Seit 1979 betreiben die Adventisten in enger Zusammenarbeit mit Adventist World Radio (AWR) auch neun lokale UKW-Rundfunksender. Medienzentren mit Aufnahmestudios für Radioprogramme befinden sich in Florenz und Rom.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Adventisten auf einen Blick"

Ostfildern bei Stuttgart, 25.01.2011/APD Die für das Jahr 2011 erschienene Kurzinformation „Siebenten-Tags-Adventisten – Auf einen Blick“ enthält neben Angaben über Glaube, Herkunft und Lebensstil ihrer Mitglieder die wichtigsten statistischen Zahlen und Erläuterungen zu den umfangreichen Aktivitäten der weltweiten evangelischen Freikirche. In der Rubrik „Fakten“ sind mit internationalem Stand vom 1. Januar 2010 insgesamt 16.307.880 erwachsen getaufte Gemeindeglieder in 206 Ländern bei einer Zuwachsrate von 2,4 Prozent beziehungsweise 368.472 neuen Mitgliedern innerhalb von zwölf Monaten verzeichnet. Die Adventisten unterhalten weltweit 7.804 Schulen und Hochschulen, 518 Krankenhäuser und Kliniken sowie 174 Alten-, Kinder- und Waisenheime. Die „Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe“ (ADRA) arbeitet derzeit in 114 Ländern. Ihre Projekte kamen 2009 über 51,8 Millionen Menschen zugute.

In Deutschland zählt die Freikirche 35.400, in der Schweiz 4.300 und in Österreich 3.900 erwachsen getaufte Mitglieder.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Heilsarmee jetzt in 122 Ländern tätig

London/Großbritannien, 24.01.2011/APD Die Heilsarmee ist mit der Gründung einer Niederlassung auf den Turks- und Caicosinseln zu Jahresbeginn jetzt in 122 Ländern vertreten. Wie das Internationale Hauptquartier der Freikirche in London mitteilte, wurden die Kapitäne Matthew und Rebecca Trayler, Heilsarmeeoffiziere (Geistliche) aus den USA, zu Leitern auf der Inselgruppe ernannt. Sie arbeiten dort bereits seit 2008 als Entwicklungsoffiziere (Missionare). Das britische Überseegebiet der Turks- und Caicosinseln liegt nordöstlich von Kuba, hat 33.000 Einwohner und besteht aus 40 Inseln, wovon acht bewohnt sind.

Weltweit zählen sich etwa drei Millionen Anhänger zur Heilsarmee. In Deutschland unterhält sie 45 Korps (Gemeinden) und 42 soziale Einrichtungen. In der Schweiz gibt es 62 Gemeinden, 35 Sozialeinrichtungen und sechs Sozialberatungsstellen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Blindenhörbücherei betreut

3.083 Sehbehinderte

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 23.01.2011/APD Rund 10.500 Tonbandkassetten und 25.200 CDs hat die Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Alsbach-Hähnlein, eine Einrichtung der Freikirche der Sieben-ten-Tags-Adventisten, an 3.083 Sehbehinderte im vergangenen Jahr versandt. Laut Hörbüchereileiter Pastor Andre Thäder sank die Zahl der mit Tonträgern belieferten Interessenten gegenüber 2009 um 359. Die hohe Zahl der Abmeldungen hänge mit der Umstellung der Dienstleistungen für den Blinden- und Sehbehindertenbund Hessen und den Blindenbund Darmstadt auf DAISY-CDs zusammen. Manche Empfänger könnten diese CD's mit ihrem Gerät nicht anhören, andere hätten sich bei dieser Gelegenheit für den Download der Informationen der Bünde entschieden.

Regelmäßig werden zehn Zeitschriften und 447 Buchtitel auf Kasette und CD ausgeliehen, davon waren im Vorjahr 14 Titel neu. Ungeachtet der Zugehörigkeit zu einer Kirche oder einem Blindenverein kann jeder Sehbehinderte oder Blinde die gewünschte Literatur kostenlos beziehen.

Die seit über 40 Jahren bestehende Blindenhörbücherei arbeitet mit einer Voll- und einer Teilzeitkraft. Zwei Zivildienstleistende kümmern sich um das Kopieren und den Versand der Kassetten und CDs. Zwei Aushilfskräfte lesen Zeitschriften und Bücher. Bücher werden auf CDs im MP3- und DAISY-Format umgestellt, sodass keine neuen Bücher mehr auf Kasette hergestellt wurden. Bei den Zeitschriften geschieht der Umstieg von Kasette auf DAISY-CD schrittweise. DAISY bedeutet „Digital Accessible Information System“ (Digitales System für den Zugang zu Informationen) und ist ein vorwiegend für Blinde und Sehbehinderte entwickeltes Hilfsmittel. Es erleichtert den Hörern beispielsweise das Finden von Kapiteln und ermöglicht das Blättern in einem Buch oder einer Zeitschrift.

Die Hörbücherei kopiert und versendet auch das alle zwei Monate erscheinende „Hessen-Echo“ des Blinden- und Sehbehinderten-Bundes Hessen e. V. sowie die Zeitschrift „Gemeinsam“ des Blindenbundes Darmstadt als DAISY-CD. Die Zusammenarbeit mit beiden Vereinen, der Blindenseelsorge der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie der Seniorenbetreuung der Stadt Darmstadt würde laut Thäder weiter gepflegt und helfe, auf die Bedürfnisse der Betroffenen einzugehen. Die Blindenhörbücherei ist Mitglied in der Mediengesellschaft für blinde und sehbehinderte Menschen e. V. (Medibus).

Zudem teilte Pastor Thäder mit, dass die Zusammenarbeit im adventistischen Medienzentrum in Alsbach-Hähnlein „sehr konstruktiv“ sei. Die Blindenhörbücherei übernehme Radiosendungen des „Hope Channel“ für ein monatliches Abonnement, das den Sehbehinderten kostenlos angeboten werde. Andererseits würden die in der Blindenhörbücherei gelesenen täglichen Andachten auch über „Hope Channel“-Radio ausgestrahlt. Zusätzlich seien die Andachten am Telefon und per Podcast zu hören. Dass im letzten Jahr 333.728 Zugriffe auf den Podcast erfolgten, zeige den Bedarf an solch einem Angebot. Das seien immerhin 916 Nutzer pro Tag.

Ein Katalog mit allen Angeboten kann bei der Blindenhörbücherei der „Stimme der Hoffnung“, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein, Telefon (06257) 506 53-35, Telefax (06257) 506 53-84, E-Mail: andre.thaeder@stimme-der-hoffnung.de, angefordert werden. Anfragen sind außerdem in Braille-Schrift möglich.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Die ACK Deutschland hat wieder einen evangelischen Referenten

Frankfurt/Main, 22.01.2011/APD Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), die Ökumenische Centrale (ÖC) in Frankfurt/Main, hat wieder vier theologische Referenten. Für die vakante Stelle des evangelischen Referenten wurde der kurhessische Pfarrer Fredy F. Henning (50) berufen. Er ist zudem für die Öffentlichkeitsarbeit der ACK zuständig. Zum Team der ÖC gehören auch die orthodoxe Referentin, Diplom-Theologin Marina Kiroudi, und der freikirchliche Referent, Pastor Karl-Martin Unrath. Geschäftsführerin der ACK ist die Theologin Dr. Elisabeth Dieckmann. Sie nimmt auch die Aufgabe der katholischen Referentin wahr.

Den Vorsitz in der ACK Deutschland hat der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel). Der 1948 gegründeten ACK gehören die Evangelische Kirche in Deutschland, die römisch-katholische Kirche, orthodoxe und orientalisch-orthodoxe Kirchen sowie die alt-katholische Kirche und evangelische Freikirchen an. Insgesamt sind es 17 Mitglieds- und vier Gastkirchen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Hygieneartikel für Unwetteropfer in Brasilien

Rio de Janeiro/Brasilien, 21.01.2011/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat rund 2.000 Menschen, die durch eine Unwetter-Katastrophe im bergigen Hinterland von Rio de Janeiro obdachlos geworden sind, mit Hygieneartikeln versorgt. Für weitere Hilfsmaßnahmen erhielt ADRA Brasilien von der amerikanischen Botschaft in Brasilia 100.000 US-Dollar (74.000 Euro).

Starke Regenfälle hatten nördlich von Rio de Janeiro zu Erdbeben und Überschwemmungen geführt. Nach Angaben der Zivilschutzbehörden sollen über 700 Menschen ums Leben gekommen sein. Tausende seien obdachlos und lebten in Notunterkünften.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventisten nehmen zur Schießerei in Tucson/Arizona Stellung

Silver Spring, Maryland/USA, 20.01.2011/APD Bei einer Schießerei vor einem Lebensmittelgeschäft in Tucson, Arizona,

sind am 8. Januar sechs Personen getötet und zwölf verletzt worden. Dabei wurden unter anderem die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords durch einen Kopfschuss schwer verletzt und der Oberrichter des US-Distriktsgerichts für Arizona, John Roll, getötet.

„Zusammen mit vielen in den USA drücken wir unser tief empfundenes Mitleid aus und beten für die Verletzten des tragischen Anschlags“, sagte Pastor Don Jackson, Präsident der 1,1 Millionen Adventisten in Nordamerika. Diese Schiesserei mache erneut deutlich, dass wir in einer gefährlichen Zeit leben. „Wir wollen weiterhin für die Angehörigen jener beten, die erschossen wurden sowie für die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords und die anderen Verletzten“, so der Kirchenleiter.

Bereits anlässlich ihrer Generalkonferenz-Vollversammlung (Weltsynode) 1990 in Indianapolis, Indiana/USA, hatte die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den Verkauf von Handfeuerwaffen an Zivilisten mit einer Erklärung geächtet. Darin steht, dass diese Art von Waffen „keinerlei Legitimation als Sport- oder Freizeitwaffen“ hätten und „zum Töten von Menschen gemacht“ seien.

Waffenbefürworter argumentierten, dass das Verbot von Handfeuerwaffen eine Einschränkung der Menschenrechte darstelle und dass nicht die Waffen, sondern die Menschen Verbrechen begingen. Dieser Argumentation wird in der Stellungnahme mit der Überlegung begegnet, dass „Gewalt und kriminelle Neigungen zur Herstellung von Waffen“ führten und die einfache Verfügbarkeit von Waffen ihrerseits Gewaltanwendungen erleichtere.

Siebenten-Tags-Adventisten möchten mit anderen Menschen guten Willens zusammenarbeiten und Böses nicht mit Bösem vergelten, sondern mit Gutem überwinden beziehungsweise die Ursachen für Verbrechen zu vermindern suchen, heißt es weiter in der Erklärung. „Im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit und den

Wert des menschlichen Lebens“, solle der Verkauf von automatischen oder halbautomatischen Handfeuerwaffen streng kontrolliert werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Hilfe für Flutopfer in Australien

Wahroonga, New South Wales/Australien, 20.01.2011/APD In Australien ist noch kein Ende der Hochwasserkatastrophe in Sicht. Nach den schweren Überschwemmungen in Queensland an der Nordostküste, die als die schlimmste Naturkatastrophe in Australiens Geschichte gelten, steigt das Wasser jetzt im Südosten im Bundesstaat Victoria.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Australien hat als Soforthilfe 100.000 Australische Dollar (75.000 Euro) zur Verfügung gestellt. Das adventistische Gesundheitswerk „Sanitarium“ (Berkeley, New South Wales) übergab ADRA Lebensmittel im Wert von 135.000 Australische Dollar (100.000 Euro) zur Verteilung an in Notunterkünften untergebrachten Flutopfern. Nach Angaben von Chris Olafson, Leiter der Katastrophenhilfe von ADRA Australien, werde die Schadensbeseitigung „eine lange Zeit“ in Anspruch nehmen. „Wir klären mit den Behörden und den anderen Hilfswerken ab, wie mittel- und langfristig am besten geholfen werden kann.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kirchenleitung der Adventisten besorgt über Krise in Tunesien

Bern/Schweiz, 19.01.2011/APD Die Freikirche der Siebententags-Adventisten weist in einer Erklärung vom 19. Januar auf ihre Besorgnis über die Situation in Tunesien hin. Sie drückt der in Ungewissheit lebenden Bevölkerung ihr Mitgefühl und ihre Solidarität aus. „Wir bitten die Mitglieder unserer Kirche und alle Gläubigen, für Frieden und Wohlergehen in diesem Land zu beten“, schreibt Corrado Cozzi, Kommunikationsdirektor der Euro-Afrika Abteilung, der adventistischen Kirchenleitung mit Sitz in Bern, die für Länder in Mittel- und Südeuropa sowie Nordafrika zuständig ist.

„In den letzten Tagen gab es viel Unsicherheit und überstürzende Entwicklungen“, berichtete ein Adventist aus Tunis. „Die Situation beruhigt sich aber von Tag zu Tag und die Armee versucht Ruhe und Ordnung zu sichern.“

Die Adventisten haben eine Kirchengemeinde in Tunis und sind mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) in Tunesien tätig. ADRA ermöglicht Mädchen in Berggebieten den Schulbesuch und stellt verwitweten Bauernfrauen Ziegen zum Aufbessern des Familieneinkommens zur Verfügung. Außerdem wird die Existenzgründung von

Kleinunternehmen zur Herstellung von Teppichen und Kleidung sowie die Bienenzucht gefördert.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Christenverfolgungs-Index: An der Spitze steht erneut Nordkorea

Kelkheim/Deutschland, 19.01.2011/APD Christen in Nordkorea leiden weltweit am meisten unter Verfolgung wegen ihres Glaubens. Wie aus einer Studie des international tätigen Hilfswerks für verfolgte Christen, „Open Doors International“, hervorgeht, führe das Land seit neun Jahren eine Liste von 50 Staaten an, in denen Christen verfolgt würden. Auf dem Index folgen nach Nordkorea der Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien, Somalia, die Malediven, der Jemen, Irak, Usbekistan und Laos. „Open Doors“ schätzt, dass weltweit rund 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Christen seien damit die größte Gruppe aller aus religiösen Gründen Verfolgten.

Seit 1993 bewertet eine internationale Arbeitsgruppe von „Open Doors“ jährlich die Situation für Christen in Ländern mit eingeschränkter Religionsfreiheit aufgrund von veröffentlichten Berichten zu Übergriffen auf Christen, Informationen aus erster Hand durch eigene Befragung vor Ort und Einschätzungen von Experten.

Die Verfolgung der Christen in Nordkorea (Platz 1) halte an.

Das abgeschottete Land sei tief von einem Personenkult geprägt, durch den der verstorbene Diktator Kim Il Sung quasi zu einem Gott erhoben werde. Jede andere religiöse Aktivität betrachte das Regime als Angriff auf die sozialistischen Prinzipien Nordkoreas. Christen hätten keinerlei Existenzberechtigung. Gläubige, die sich nur heimlich und zu wenigen im Untergrund versammeln könnten, stünden immer in der Gefahr, entdeckt zu werden. Ihnen drohe Gefängnis, Arbeitslager oder Hinrichtung. Im Berichtszeitraum zwischen dem 1. September 2009 und 31. Oktober 2010 seien Hunderte Christen aus verschiedenen Gründen verhaftet worden. Einige hätte man getötet, andere in politische Straflager deportiert. Derzeit seien nach Open Doors-Informationen rund 70.000 Christen in Straflagern Nordkoreas gefangen.

Auch der Iran verbleibe auf Platz 2 des Weltverfolgungsindex. Im Berichtszeitraum sei es zu weiteren Verhaftungswellen von Christen gekommen. Viele Gottesdienste würden von der Geheimpolizei überwacht. Christen muslimischer Herkunft, die sich in Hausgemeinden engagierten, seien vernommen, verhaftet, misshandelt und ins Gefängnis gesteckt worden. Afghanistan habe Saudi-Arabien auf Platz 3 abgelöst. In Afghanistan könne die christliche Minderheit ihren Glauben nur im Untergrund leben. Im wahhabitischen Königreich Saudi-Arabien (Platz 4), in dem eine strenge Form des Islam gelte, sei es Bürgern verboten, zu einer anderen Religion als dem Islam zu konvertieren. Auf Konversion stehe laut Scharia auch in Somalia (Platz 5) die Todesstrafe. Mindestens acht Christen seien in dem ostafrikanischen Land aufgrund ihres Glaubens von radikalen Islamisten ermordet worden. Nach einem Jahr der anhaltenden Gewaltakte gegen Christen mit vielen Todesopfern und Verletzten rückte der Irak von Platz 17 auf Platz 8 vor. Der Islam ist in acht der ersten zehn Länder des Weltverfolgungsindex 2011 die Religion der Mehrheitsbevölkerung.

Open Doors wurde als christliche Stiftung 1955 von dem

Holländer Anne van der Bijl gegründet, der als „Bruder Andrew“ oder „Der Schmuggler Gottes“ weltweit bekannt wurde. Als überkonfessionelles Hilfswerk unterstützt Open Doors heute in über 50 Ländern verfolgte Christen mit Bibeln und christlicher Literatur sowie mit Hilfe zu Selbsthilfe-Projekten, bildet Gemeindeleiter aus, engagiert sich für Gefangene und hilft Familien ermordeter Christen. Der Weltverfolgungsindex 2011 ist im Internet unter www.opendoors-de.org zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Basler Regierung beantragt Anerkennung der Neuapostolischen Kirche

Basel/Schweiz, 18.01.2011/APD Wie die Neuapostolische Kirche Schweiz (NAK) mitteilte, habe der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt in seiner Sitzung vom 21. Dezember 2010 beschlossen, beim Basler Großen Rat die Anerkennung der Neuapostolischen Kirche zu beantragen.

Die neue Verfassung des Kantons Basel-Stadt von 2005 biete die Möglichkeit, dass sich christliche Gemeinschaften als Kirchen anerkennen lassen könnten. Voraussetzungen hierzu seien, dass die Kirche im Kantonsgebiet eine gesellschaftliche Bedeutung habe, den Religionsfrieden und die Rechtsordnung respektiere, über eine transparente Finanzverwaltung verfüge sowie den jederzeitigen Kirchenaustritt zulasse.

Nach erfolgter Prüfung wurde das Gesuch des NAK-Kirchenbezirks Basel am 21. Dezember 2010 dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt vorgelegt. Dieser beschloss, beim Großen Rat (Legislative) zu beantragen, die Neuapostolische Kirche in einer der nächsten Sitzungen als Kirche anzuerkennen.

Wegen unterschiedlicher Gesetzgebungen in den Kantonen der Schweiz sei eine staatliche Anerkennung nicht überall möglich. Im Kanton Baselland beispielsweise erlaube das kantonale Kirchengesetz eine Anerkennung als Kirche nur, wenn die Rechtsform der Kirche sich auf das kantonale Territorium beschränke. Der Kanton Aargau, in dem sich auch Kirchgemeinden des Bezirkes Basel befänden, sehe eine Kirchenanerkennung gar nicht vor.

Die Leitung des neun Gemeinden umfassenden neuapostolischen Kirchenbezirks Basel sieht nach eigenen Angaben, in einer kantonalen Anerkennung als Kirche „einen logischen und vertrauensbildenden Schritt gegenüber der interessierten Öffentlichkeit“.

Die Neuapostolische Kirche Schweiz, mit Sitz in Zürich, sowie die von ihr betreuten Länder Österreich, Spanien, Italien, Rumänien und weitere Gebiete Osteuropas, werden vom Bezirksapostel Markus Fehlmann geleitet. Ihm stehen sieben Apostel und sieben Bischöfe zur Seite. Sein Arbeitsbereich erstreckt sich über insgesamt 15 Länder und gliedert sich in 58 Bezirke mit 57.000 Mitgliedern in rund 600 Gemeinden.

In Deutschland hat die Neuapostolische Kirche den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“, in Österreich gehört sie zu den derzeit 14 vom Staat „anerkannten Religionsgemeinschaften“.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Samoa: Wenn Sonntagsruhe, dann auch Arbeitsruhe am Samstag

Apia/Samoa, 17.01.2011/APD Der Premierminister des pazifischen Inselstaates Samoa, Tuila'epa Sailele Malielegaoi, hat in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache betont, dass seine Regierung kein Gesetz erlassen werde, das die Arbeitsruhe am Sonntag verordne. Laut Radio Neuseeland International (RNZI) habe ein Leiter der Congregational Christian Church auf Samoa die Regierung aufgefordert, die Arbeit in Industrie und Handel am Sonntag zu untersagen, damit die Menschen den Gottesdienst besuchen könnten. Der Premierminister hob hervor, dass die Verfassung Samoas die Religionsfreiheit garantiere, sodass jeder das Recht habe, die Sonntagsruhe einzuhalten oder auch nicht einzuhalten. Es sei nicht Sache der Regierung, hierzu Vorschriften zu erlassen. Der Regierungschef meinte zudem, dass bei einem Arbeitsverbot am Sonntag der Staat auch den arbeitsfreien Samstag einführen müsste, denn die Siebenten-Tags-Adventisten hätten ihren Ruhetag nicht am Sonntag, sondern feierten den Sabbat.

Von den 179.000 Einwohnern Samoas bekennen sich 98 Prozent zum Christentum. Mit 33,6 Prozent der Bevölkerung ist die Congregational Christian Church die größte Kirche im Inselstaat. Die Kongregationalisten entstanden ursprünglich innerhalb der Anglikanischen Kirche durch Einflüsse der reformierten Tradition Johannes Calvins und Ulrich Zwinglis. Oberstes Prinzip hat für sie die Autonomie der einzelnen Kirchengemeinden. Außerdem gibt es auf Samoa unter anderem Katholiken (19,4 Prozent), Methodisten (14,3 Prozent), Mormonen (13,3 Prozent), Assembly of God (6,9 Prozent),

Siebenten-Tags-Adventisten (3,5 Prozent), Zeugen Jehovas (0,8 Prozent), Bahai (0,4 Prozent) und Neuapostolen (0,4 Prozent).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Wer Gottes Gnade erfahren hat, kann nicht mehr so leben wie bisher"

Satellitengottesdienst der Adventisten in Deutschland

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 16.01.2011/APD „Wenn man keinen Rechtsanspruch auf etwas hat und es trotzdem als Geschenk bekommt, das ist Gnade“, sagte der Vorsitzende der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Präsident des süddeutschen Verbandes der Freikirche, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), am 15. Januar beim diesjährigen Satellitengottesdienst. Er sprach über die Jahreslosung 2011, die dem Johannesevangelium Kapitel 1, Vers 16 entnommen ist: „Von seiner Fülle haben wir genommen Gnade um Gnade.“ Der Gottesdienst wurde aus dem großen TV-Studio des adventistischen Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt in etwa 300 Adventgemeinden Deutschlands übertragen. Er war zudem live im Fernsehprogramm des „Hope Channel“ über den Satelliten Astra zu sehen und auch im Internet per Livestream abrufbar.

Es heiße zwar sehr richtig in den „Glaubensüberzeugungen der

Siebenten-Tags-Adventisten“, dass die Erlösung des Menschen allein aus Gnade geschehe, nämlich durch den Opfertod Jesu am Kreuz, betonte Machel. Doch Gnade dürfe nicht zu einer bloßen christlichen Lehre entarten. Wer etwas von der Fülle der Gnade Gottes erfahren habe, der könne nicht mehr so leben wie bisher. Er suche den Frieden und die Versöhnung, wo vorher Streit und Misstrauen war. Er richte sein Leben nach Gottes Weisungen aus. „Wer dieses volle Maß der Liebe Gottes kennengelernt hat, der kann und will davon abgeben. Auch andere sollen davon erfahren.“ Hilfe für Menschen in Not, egal ob in der Nachbarschaft oder in anderen Ländern, gehörten mit zum Alltag eines Christen, so Machel.

Beim Satellitengottesdienst gab es auch wieder eine Geschichte für Kinder; diesmal mit Werner zur Frage: Was ist Gnade?. Musikalisch wirkten ein Kinderorchester unter Leitung von Eva Paul (Freiburg), ein Chor unter Leitung von Günter Preuß (Heilbronn) und die Bläsergruppe „Adventus Brass“ mit.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Gedenken an 450. Todestag von Menno Simons

Friedensau bei Magdeburg, 15.01.2011/APD Dr. Johannes Hartlapp, Kirchenhistoriker an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, stellt am Sonntag, 23. Januar, 17 Uhr, in der Hochschulbibliothek das Leben und Wirken des niederländisch-friesischen Theologen Menno Simons, anlässlich dessen 450.

Todestages (23. Januar 1561), dar.

Menno Simons lebte von 1496 bis 1561, war katholischer Priester, schloss sich 1536 der Täuferbewegung an und gilt als der Namensgeber der Mennoniten, einer evangelischen Freikirche, die heute in Deutschland und weltweit verbreitet ist.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

EU-Außenbeauftragte muss stärker für Religionsfreiheit eintreten

Brüssel/Paris, 14.01.2011/APD Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Mario Mauro, hat die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton zu größerem Einsatz für die Religionsfreiheit weltweit aufgerufen. Die EU müsse eine Führungsrolle einnehmen, um die Religionsfreiheit zu verteidigen, erklärte der Europaabgeordnete in Brüssel. Wirtschaftliche Hilfe könne an den Schutz religiöser und ethnischer Minderheiten in den Empfängerländern geknüpft werden.

Es sei gezieltes diplomatisches Handeln nötig, um mit den Ländern, in denen die Religionsfreiheit am meisten bedroht sei, in den Dialog zu treten, sagte Mauro. Laut Kathpress hätte ein Sprecher Ashtons zuvor erklärt, derzeit liefen Gespräche zwischen den verschiedenen EU-Institutionen. Dabei solle geprüft werden, in welcher Weise die EU nach dem

Anschlag auf Kopten in Ägypten für Religionsfreiheit eintreten könne.

Auch die französische Außenministerin Michele Alliot-Marie forderte Ashton zum koordinierten Vorgehen des Schutzes der Christen im Nahen Osten auf. Sie habe ein entsprechendes Schreiben an die EU-Außenbeauftragte gerichtet, sagte Alliot-Marie im französischen Radio „Europe 1“. Das Thema solle auf die Tagesordnung des EU-Außenministertreffens am 31. Januar gesetzt werden. Diese Forderung werde auch vom italienischen Außenminister Franco Frattini unterstützt.

„Wir sind über das Stadium hinausgekommen, in dem man nur seine Bestürzung oder seine Trauer äußert“, so die französische Außenministerin. Jetzt müssten konkrete Taten folgen. So hätten seit Beginn des Irak-Krieges 2003 die kurdischen Gemeinschaften im Norden des Landes rund 200.000 Christen aufgenommen, erinnerte Alliot-Marie. Es müsse nach Wegen gesucht werden, wie ihnen bei der Aufnahme dieser Bevölkerungsgruppe geholfen werden könne. Es sei wichtig, dass die EU handle, um zu gewährleisten, dass jeder seine Religion dort ausüben könne, wo er lebe. So gebe es auch die Möglichkeit, verfolgten Christen in Frankreich Asyl zu gewähren. Wichtiger aber sei, dass sie in ihrer Heimat leben könnten.

Ministerin Alliot-Marie äußerte sich auch zu einer neuen Umfrage, wonach jeweils rund 40 Prozent der Franzosen und der Deutschen den Islam als Bedrohung der kulturellen Identität betrachteten. Ängste entstünden vor allem durch das, was man nicht kenne, so die Außenministerin. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Terrorismus und Islam gleichgesetzt würden.

Auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich zum Schutz von christlichen Minderheiten bekannt. „Glaubens- und Religionsfreiheit sind ein essenzieller Wert, ein Kernwert der deutschen Außenpolitik. Dass Leib und Leben von Minderheiten weltweit geschützt werden, auch das der christlichen

Minderheiten in zahlreichen Ländern, ist für uns ein zentrales Anliegen“, sagte die CDU-Vorsitzende der „Passauer Neuen Presse“.

Nach Angaben von Othmar Karas, Vizepräsident der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, fordere die EVP die Aufnahme einer verbindlichen Klausel zum Respekt von Religionsfreiheit in allen EU-Abkommen mit Drittländern. „Religionen und Grundwerte sind ein wichtiger Bestandteil der europäischen Identität – und das muss in unserer Arbeit weltweit auch klar zum Ausdruck kommen“, so Karas. „Ich fordere von der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton einen jährlichen Fortschrittsbericht an das Europäische Parlament, was der Europäische Auswärtige Dienst im Kampf gegen die Christenverfolgung unternimmt. Das Gesicht Europas sollte auch das Gesicht der Grundrechte und der Freiheiten sein – die EU muss weltweit Mitverantwortung übernehmen“, betonte der österreichische Politiker Karas in Wien.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Hochschulzeitschrift "Spes Christiana" als Festgabe für ihren Gründer

Friedensau bei Magdeburg, 13.01.2011/APD Die 21. Ausgabe der Zeitschrift „Spes Christiana“ der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg ist als Festgabe ihrem Gründer Johann Heinz

anlässlich seines 80. Geburtstages gewidmet. Erstmals wurde eine derartige Ausgabe zusammen mit den adventistischen Bildungsstätten Newbold College, Bracknell/England, und Faculté de Théologie, Collonges-sous-Salève/Frankreich, herausgegeben. Sie befasst sich unter anderem mit den Beiträgen „Der christliche Sozialauftrag im Neuen Testament“, „Musik in Kirche und Synagoge: Das biedermeierliche Wien“, „Archäologische Forschung der Hochschule Friedensau in Khirbat al-Balu‘/Jordanien 2010“ sowie „Adventistische interkonfessionelle Dialoge“.

Johann Heinz wurde am 30. April 1930 in Wien geboren und studierte am Seminar Schloss Bogenhofen in Österreich sowie am Séminaire du Salève in Collonges, Frankreich, adventistische Theologie. Nach seiner Tätigkeit als Pastor der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Wien arbeitete er 21 Jahre lang als Dozent, später auch als Rektor, am Seminar Schloss Bogenhofen bei Braunau am Inn.

1981 promovierte er an der adventistischen Andrews University in Berrien Springs, Michigan/USA. Von 1982 bis 1995 leitet er das damals noch bestehende Theologische Seminar Marienhöhe der Freikirche in Darmstadt. An der 1990 staatlich anerkannten Theologischen Hochschule Friedensau war Johann Heinz Lehrbeauftragter für Kirchengeschichte, Philosophie und Religionsgeschichte. Mit Professor Dr. Udo Worschech, dem früheren Rektor in Friedensau, gründete er 1990 die theologische Zeitschrift „Spes Christiana“. Diese erscheint seitdem jährlich. Die Friedensauer Hochschule umfasst die beiden Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"2 weiter – Leben im Gespräch"

Neue Talk-Sendereihe beim „Hope Channel“-Fernsehen

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 12.01.2011/APD Mit „2 weiter – Leben im Gespräch“ startet der „Hope Channel“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt am 13. Januar, 22:20 Uhr, eine neue Fernseh-Talk-Sendereihe. Zum Thema „Glück“ sind Ernst Fritz Schubert und Peter Salzmann im Studio. Schubert ist Rektor einer Schule in Heidelberg und hat dort das Unterrichtsfach „Glück“ eingeführt. Salzmann lebt ohne Strom und Luxus und sagt von sich: Ich habe das Glück gefunden.

Die Moderatoren Doro Wiebe und Bernd Hock diskutieren jeden zweiten Donnerstag im Monat um 22:20 Uhr mit Fachleuten und Betroffenen in der neuen Sendereihe über Lebensthemen wie Glück, Burnout, Leid, Familie, Entscheidungen und vieles andere.

Doro Wiebe ist unter anderem als Moderatorin im ZDF („sonntags“, „Die Mutmacher“, „37° Plus“) bekannt. Sie arbeitet seit 2003 als selbständige Journalistin und Moderatorin bei TV und Radio. Sie lebt in Mainz und hat als Autorin bereits zwei Bücher geschrieben. Bernd Hock ist Psychotherapeut und wohnt in Pinneberg. Wenn er nicht in seiner Praxis arbeitet, ist er als Referent mit Seminaren und Vorträgen unterwegs oder als Entertainer mit dem Bühnenprogramm seiner Handpuppe Erwin.

„2 weiter“ möchte laut Pressesprecherin Birgit Kiepe ganz unverkrampft Integration leben, denn die schwere Körperbehinderung von Hock sei zwar sichtbar, werde aber nicht

besonders thematisiert. Doro Wiebe und Bernd Hock blieben nicht bei den Problemen und Nöten des Einzelnen und der Gesellschaft stehen. Mit „2 weiter“ würden sie auch die Zuschauer einbeziehen und gemeinsam mit ihnen weiterdenken. Mehr Informationen zur Sendung gibt es im Internet unter www.2weiter.de

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Evangelische Tagungshäuser im Internet finden

Hannover, 11.01.2011/APD Das neue Onlineportal www.evangelische-häuser.de bietet eine Übersicht über evangelische Tagungs- und Gruppenhäuser. Es soll Gemeinden und Gruppen die Suche nach einem geeigneten evangelischen Haus für Tagungen, Freizeit, Sport oder Meditation erleichtern.

Ziel des neuen Projektes sei, eine hohe und flächendeckende Auslastung der evangelischen Häuser zu erreichen. Die Einrichtungen könnten sich kostenfrei registrieren lassen und so für eine optimale Auffindbarkeit der eigenen Tagungsstätte sorgen. Gäste hätten die Möglichkeit, nach einem ihren Bedürfnissen entsprechenden Haus zu suchen, entweder über eine Kriteriensuche oder über die Landkartenstruktur. Nach dem Aufenthalt könnten der Besuch und das Haus kommentiert und bewertet werden.

Das Portal richte sich nicht nur an landeskirchliche, sondern

auch an freikirchliche Einrichtungen. www.evangelische-häuser.de ist ein Projekt auf Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), bei dem das Onlineportal www.evangelisch.de Redaktion und Marketing übernimmt. Weitere Informationen sind per E-Mail unter info@evangelische-haeuser.de (Bettina Meyering) erhältlich.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Friedensauer Dozentin zur Professorin für Entwicklungssoziologie berufen

Friedensau bei Magdeburg, 10.01.2011/APD Der Rektor der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, Professor Johann Gerhardt, überreichte Dr. rer. pol. habil. Ulrike Schultz die Ernennungsurkunde zur Professorin für Entwicklungssoziologie und -ökonomie.

Die Dozentin (Jahrgang 1960) lehrt seit 2009 in Friedensau am Fachbereich Christliches Sozialwesen. Zuvor hatte sie Hochschultätigkeiten in Bochum und Berlin sowie im Sudan und in Kenia inne. Sie promovierte am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin über das Thema „Nomadenfrauen in der Stadt: Die Überlebensökonomie

der Turkanafrauen in Lodwar/Nordkenia“. Dort habilitierte sie sich auch 2006 in Soziologie am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Ihr derzeitiges Forschungsvorhaben befasst sich mit Ethnizität, Geschlecht und Nationenbildung im Kontext von Rückkehrprogrammen im Südsudan.

Die Hochschule in Friedensau bietet neben Bachelor- und Masterstudiengängen in Theologie den Bachelor in Soziale Arbeit sowie Gesundheits- und Pflegewissenschaften und den Master in Beratung, Internationale Sozialwissenschaften sowie Sozial- und Gesundheitsmanagement an.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Römisch-katholische Position zu Kondomen unverändert

Rom/Italien, 09.01.2011/APD Die römisch-katholische Kirche hat ihre Position zum Gebrauch von Kondomen nicht verändert. Die Worte von Papst Benedikt XVI. in dem vor rund einem Monat veröffentlichten Interview-Buch „Licht der Welt“ änderten „weder die Morallehre noch die pastorale Praxis der Kirche“, heißt es in einer amtlichen Note der vatikanischen Kongregation für die Glaubenslehre, die am 21. Dezember veröffentlicht wurde. Die Aussagen Benedikts XVI. bezögen sich nicht auf die eheliche Liebe und auf die sittliche Norm bezüglich der Empfängnisverhütung, sondern nur auf die Prostitution.

Die Annahme, dass der Kondomgebrauch in einigen Fällen zulässig sei, um Schwangerschaften zu vermeiden, sei demnach „völlig willkürlich“ und entspreche weder den Worten noch dem Denken des Papstes. Der „unlösbare Zusammenhang“ der liebenden Vereinigung und der Fortpflanzung müsse weiterhin respektiert werden.

Benedikt XVI. habe sich im Buch lediglich auf den „völlig andersartigen Fall der Prostitution“ bezogen, „die von der christlichen Moral immer als schwer sündhaft betrachtet worden“ sei, hieß es. Prostitution müsse bekämpft werden, und Hilfswerke der Kirche, der Zivilgesellschaft und des Staates müssten sich für die Befreiung betroffener Personen daraus einsetzen.

Hinsichtlich der Verbreitung von AIDS werde das Problem noch dramatischer, hieß es in der zweiseitigen Notiz. Wer wisse, dass er die Infektion HIV weitergeben könne, handle auch gegen das Tötungsverbot. Somit könne nicht geleugnet werden, „dass derjenige, der ein Kondom verwendet, um das Risiko für das Leben einer anderen Person zu verringern, den Schaden begrenzen möchte, der mit seinem falschen Verhalten verbunden ist“.

Weiterhin wendet sich die Glaubenskongregation gegen die Interpretation der Papstworte mit Bezugnahme auf die Theorie vom „kleineren Übel“: Prostitution werde durch den Gebrauch eines Kondoms nicht zum „kleineren Übel“. Mitglieder und Einrichtungen der Kirche im Kampf gegen AIDS sollten weiterhin zur Enthaltensamkeit vor der Ehe und zur Treue erziehen. Wo die Sexualität banalisiert werde, weise der Papst darauf hin, dass viele Menschen in der Sexualität nicht mehr den Ausdruck ihrer Liebe fänden. Der Kampf gegen diese Banalisierung sei „ein Teil des Ringens darum, dass Sexualität positiv gewertet wird und ihre positive Wirkung im Ganzen des Menschseins entfalten kann“.

Anlass der offiziellen Erklärung seien „verschiedene abwegige

Interpretationen“, die „Verwirrung“ über die Haltung der römisch-katholischen Kirche gestiftet hätten, aber nichts mit dem Sinn der Worte von Benedikt XVI. zu tun hätten: Deren Bedeutung werde aber klar, wenn man die Kapitel, welche die menschliche Sexualität behandeln, vollständig lese.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Auf Luthers Spuren unterwegs"

„Wer weiß denn schon, dass wir Evangelische eigene Wege haben“, sagte vor einiger Zeit der Lutherkenner, Bibelwissenschaftler und Übersetzer Hans-Jochen Genthe, der damals an Luthers frühere Romreise 1510/11 dachte. Schließlich setzte er sich mit seinem Sohn, dem evangelischen Theologen Hans-Albert, auf Luthers Spuren und lernte dabei Klöster, Kirchen und Orte des spätmittelalterlichen Deutschlands, der Schweiz, Italiens und Österreichs kennen. Der junge Augustinermönch erhoffte sich auf dieser Romreise die Generalbeichte abzulegen und möglichst viel Ablass zu gewinnen. Im Rückblick stand jedoch sein Entsetzen über die gottlosen Verhältnisse im damaligen Rom.

Mit diesem spannenden Lesebuch, das sich von der üblichen Pilgerliteratur stark unterscheidet, muss man nach den Genthes nicht evangelisch sein. Die Spuren sind auch ökumenisch und zeitgeschichtlich interessant, denn sie führen in die Reformationsgeschichte und in den Anbruch eines neuen Zeitalters. Sechs weitere Autoren setzten sich in diesem

Büchlein mit dem katholischen und evangelischen Luther auseinander, schreiben über Ablass und Wallfahrten, Klöster und Orden, alte Reisewege und neue Lutherwege. Reiches Bildmaterial an kirchlichen Bauwerken macht Luthers Pilgerreise nach Rom und zurück dazu sehr informativ und unterhaltsam.

Dr. Wolfgang Tulaszweski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Peru: Gesetz über religiöse Gleichbehandlung verabschiedet

Lima/Peru, 07.01.2011/APD Die Mitglieder des Peruanischen Kongresses haben ein Gesetz über die religiöse Gleichbehandlung verabschiedet, das die Religionsfreiheit aller Bürger gleichermassen garantieren soll. In Peru bezeichnen sich rund 81 Prozent der Bevölkerung als römisch-katholisch, zwölf Prozent als evangelisch oder evangelikal, und je drei Prozent als Mitglied einer anderen Religion oder als nicht religiös. Die Religionsfreiheit hat in Peru seit 1973 Verfassungsrang.

Das neue Gesetz über die religiöse Gleichberechtigung anerkenne den religiösen Pluralismus. „Alle Religionen genießen die gleichen Rechte, Pflichten und Vergünstigungen“, sagte Edgardo Muguerza Florián, Abteilungsleiter der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten für Öffentliche

Angelegenheiten und Religionsfreiheit in Peru. Das Gesetz garantiere die ungehinderte öffentliche und private Ausübung der Religion. Die freie Religionsausübung werde nur dann eingeschränkt, wenn sie die Freiheit oder Grundrechte Anderer beeinträchtigt und die öffentliche Ordnung oder das Gemeinwohl gefährde.

Das Gesetz schütze im Besonderen auch die religiösen Überzeugungen von Studenten und verpflichte die staatlichen Lehranstalten, diese zu respektieren, betonte der Freikirchenvertreter. Es stelle sicher, dass die Religionsausübung eines Studenten keine Auswirkungen auf seinen Studienabschluss haben dürfe. Laut Florián verbiete das Gesetz „jede Handlung oder Unterlassung“, die eine Person auf Grund ihrer religiösen Überzeugung diskriminieren würde, und anerkenne religiösen Pluralismus.

Schüler und Studenten jüdischen und adventistischen Glaubens seien auf das Verständnis und Entgegenkommen von Professoren und Schulverwaltungen angewiesen, um Aufnahme- oder Zwischenprüfungen, die an einem Samstag (Sabbat) angesetzt sind, an einem anderen Tag absolvieren zu können.

Vertreter der Adventisten hätten sich in Peru während mehr als zehn Jahren für einen umfassenderen Schutz der Religionsfreiheit eingesetzt und viel Überzeugungsarbeit bei Regierungs- und Kirchenvertretern geleistet. „Es freut uns sehr, dass unser Einsatz eine Rolle gespielt haben mag bei der Verabschiedung dieses historischen Gesetzes“, betonte John Graz (Silver Spring, Maryland/USA), Direktor der adventistischen Weltkirchenleitung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Organspendenkampagne findet bei religiösen Gemeinschaften Anklang

London/Großbritannien, 06.01.2011/APD Die Kampagne der britischen Regierung zur Sensibilisierung der Wichtigkeit von Organspenden, speziell bei schwarzen und asiatischen ethnischen Gruppen, sei „eine Anerkennung des Einsatzes und des Engagements“ von religiösen Gemeinschaften und sozialpolitischen Gruppierungen, sagte Komal Adris, Direktorin der nationalen Kampagne für Organspenden. Ende November trafen sich britische Parlamentarier mit Vertretern christlicher, muslimischer, jüdischer, hinduistischer und buddhistischer Gemeinschaften und diskutierten über die Einflüsse von Glaube und Kultur auf die Einstellung einer Person hinsichtlich des Empfangs oder der Spende eines Organs.

Die Kampagne der Regierung versuche die Zahl der Spenden eines Organs an eine unbekannte und nicht verwandte Person vor allem bei den Minderheiten zu erhöhen, betonten die Förderer der Organspende. Diese Minderheiten machten in Großbritannien zwar nur acht Prozent der Bevölkerung aus. Bei den auf eine Nierentransplantation Wartenden stellten sie aber ein Viertel der Patienten. Gleichzeitig spendeten sie aber kaum Organe, wie die Fachleute unterstrichen. Gemäß Statistik seien nur 1,7 Prozent der Organspender schwarz, 1,6 Prozent hätten einen asiatischen Hintergrund und mehr als 95 Prozent seien weiß. Die Zunahme von Organspenden seitens dieser Minderheiten wäre eine wesentliche Hilfe bei der Behandlung von Nierenpatienten im Endstadium oder von Patienten mit Herz- und Leberversagen.

Religiöse Gemeinschaften seien besonders geeignet, um die

Einstellung ihrer Mitglieder bezüglich der Organspende zu verändern, meinte die Direktorin der nationalen Organspendenkampagne. „Die Tatsache, dass Adventisten in jeder Kirchengemeinde einen Verantwortlichen für Gesundheitsfragen haben, ist außergewöhnlich“, hob Adris hervor. „Ihre Kirche hat bereits bestehende Ressourcen, mit denen wir viel leichter arbeiten können, um unser Anliegen unter die Leute zu bringen“, sagte sie gegenüber Sharon Platt McDonald, Gesundheitsabteilungsleiterin der britischen Adventisten, welche die Freikirchen während der Konferenz vertrat.

Zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien und Nordirland gehören 30.240 erwachsen getaufte Mitglieder in 247 Gemeinden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Türkischer Vize-Ministerpräsident besucht Ökumenisches Patriarchat

Istanbul/Türkei, 05.01.2011/APD Als höchstrangiger türkischer Staatsvertreter seit mehr als einem halben Jahrhundert hat Vize-Ministerpräsident Bülent Arınç am 4. Januar das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel besucht. „Ich hoffe, dass dies ein guter Neubeginn ist“, sagte Arınç nach Medienberichten bei seinem Besuch im griechisch-orthodoxen Patriarchat in Istanbul.

Demnach betonte Arınç in seinem einstündigen Gespräch mit

Patriarch Bartholomäus I. die Entschlossenheit der Regierung, die rechtlichen Hindernisse für die Wiedereröffnung des orthodoxen Priesterseminars Chalki auszuräumen. Der stellvertretende Ministerpräsident verurteilte auch den Bombenanschlag in der Silvesternacht auf eine koptische Kirche in Alexandria, Ägypten, bei dem 21 Menschen ums Leben kamen. Zudem kündigte er weitere Reformen zur Verbesserung der Lage der christlichen Minderheit in der Türkei an.

Laut Kathpress begrüßte Patriarch Bartholomäus I. den Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten als „Gelegenheit, der Regierung für ihre jüngsten Reformen zugunsten unserer und anderer Gemeinden zu danken“. Der Patriarch erinnerte auch an die Schließung des Priesterseminars Chalki vor 40 Jahren.

Zum Abschied wurden Bülent Arınç historische Fotos von der letzten Visite eines türkischen Ministerpräsidenten im Amtssitz des Patriarchen überreicht. Adnan Menderes besuchte im Jahr 1952 das Patriarchat. Er wurde später vom Militär gestürzt.

Als erster Regierungschef seit Menderes hatte sich Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor zwei Jahren mit dem Patriarchen getroffen, ohne allerdings selbst ins Patriarchat zu kommen.

Bartholomäus I. ist das Oberhaupt des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, das auch als Kirche von Konstantinopel bezeichnet wird. Ihr gehören rund 3,5 Millionen orthodoxe Christen, vorwiegend in Diözesen im heutigen Griechenland, um Thessaloniki, auf Kreta und der Inselgruppe Dodekanes an. Der Patriarch gilt auch als Ehren-Oberhaupt von etwa 300 Millionen orthodoxen Christen in aller Welt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Australien: ADRA nimmt sich Flutopfer an

Wahroonga, New South Wales/Australien, 04.01.2011/APD Als „eine Katastrophe von biblischem Ausmaß“, bezeichnete am Wochenende der Finanzminister von Queensland, Andrew Fraser, die verheerenden Überschwemmungen in seinem Bundesland im Nordosten Australiens. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) arbeite mit der Regierung des Bundeslandes und weiteren Hilfsorganisationen zusammen, um den rund 200.000 Menschen beizustehen, die wegen der Überschwemmungen ihre Häuser verlassen mussten, sagte die Sprecherin des Hilfswerkes, Aleksandra Marek. Queensland ist fünfmal größer als Deutschland, aber mit rund vier Millionen Einwohnern nur dünn besiedelt.

Nach Angaben von Chris Olafson, Leiter der ADRA-Katastrophenhilfe, habe ADRA als Soforthilfe 50.000 Australische Dollar (38.000 Euro) zugesagt, um den Spendenaufruf der australischen Premierministerin Julia Gillard und die koordinierte Hilfsaktion des Bundeslandes Queensland zu unterstützen. „Wir klären im Moment mit der Bundesregierung und den anderen Hilfswerken ab, wie mittel- und langfristig am besten geholfen werden kann“, betonte Marek.

Laut „AlertNet“ wurden 22 Städte überschwemmt und Kohleminen geflutet. Straßen sind unpassierbar geworden, und die Behörden warnen die Bevölkerung vor Schlangen und Krokodilen in den überfluteten Häusern. Die Erwartungen der Bauern, nach einer 12-jährigen Dürreperiode endlich eine gute Ernte einzubringen, seien zunichte gemacht worden.

„Die Wassermassen fließen durch Städte wie Emerald und Rockhampton. Von der Flut betroffene Einwohner sind inzwischen in sichere Gemeinschaftszentren evakuiert worden. Diese Katastrophe wird eine langfristige Hilfe erfordern“, betonte Ron Jenkins, ADRA-Koordinator in Queensland. ADRA Australien habe Abkommen mit den dortigen Behörden, um im Katastrophenfall Notunterkünfte in New South Wales, im Gebiet der Hauptstadt Canberra, in Queensland sowie in Westaustralien zur Verfügung zu stellen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Aserbaidshan: Polizei beendet adventistischen Gottesdienst

Oslo/Norwegen, 03.01.2011/APD Rund 15 Polizeibeamte beendeten am Samstag, 11. Dezember, einen Gottesdienst der Siebenten-Tags-Adventisten in einem privaten Wohnhaus in Sumqayit, einer Industriestadt nördlich der aserbaidshanischen Hauptstadt Baku. Laut der norwegisch-dänischen christlichen Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ in Oslo seien die Polizisten von Journalisten begleitet worden, die gegen den Willen der Gottesdienstbesucher Videoaufnahmen gemacht hätten. Außerdem wären bei der Aktion ein Vertreter der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten und mehrere Männer in Zivilkleidung dabei gewesen. Die zehn Gottesdienstbesucher seien verhört worden. Die Behörden hätten ihnen vorgeworfen, eine religiöse

Versammlung ohne staatliche Genehmigung abgehalten zu haben. Bücher, CDs und DVDs mit religiösem und nichtreligiösem Inhalt, etwa Zeichentrickfilme für Kinder mit Tom und Jerry oder DVDs mit Geburtstags- und Hochzeitsfeiern, wären ohne gerichtlichen Durchsuchungsbefehl beschlagnahmt worden.

Die Gottesdienstbesucher seien, so „Forum 18“, unter anderem gefragt worden, wie viel Geld ihnen gezahlt worden wäre, damit sie Christen würden. Die Adventisten hätten geantwortet, man brauche ihnen kein Geld zu geben, denn sie seien aus Überzeugung Christen. Ein Dokument des für die Religionsgemeinschaften zuständigen staatlichen Komitees in Baku, dass die adventistische Gemeinde in Sumqayit die Genehmigung zur Abhaltung von Gottesdiensten beantragt habe, hätte die Behördenvertreter nicht beeindruckt.

Wie „Forum 18“ mitteilte, seien zwei Adventisten zu weiteren Verhören ins Polizeirevier mitgenommen worden. Drei Tage später habe sie das Stadtgericht von Sumqayit zu Geldstrafen verurteilt. Der mit einer aserbajdschanischen Frau verheiratete und legal im Land lebende Moldauer Rustam Ahmedov sei wegen „Durchführung von religiöser Propaganda durch einen Ausländer“ mit der Höchststrafe von 400 Manat (380 Euro) und Oleg Litovchenko wegen „Verletzung der Vorschriften zur Abhaltung von religiösen Versammlungen“ zu 300 Manat (285 Euro) verurteilt worden. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet 2.940 Euro handele es sich um empfindliche Strafen.

Adventisten gebe es seit über einhundert Jahren in Aserbajdschan. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten sei von den Behörden nicht verboten worden, teilte „Forum 18“ mit. Im Gegenteil, auf der Internetseite des für die Religionsgemeinschaften zuständigen staatlichen Komitees wären die Adventisten zusammen mit den Russischen Orthodoxen, Katholiken und Baptisten als „traditionelle Konfession“ aufgeführt. Das kleine Haus in dem der Gottesdienst stattfand, war 2003 von Adventisten in Sumqayit gekauft worden.

Regelmäßige Versammlungen der Gemeinde hätten dort von 2006 bis zum Dezember 2010 ohne Beeinträchtigung stattgefunden.

In Aserbaidschan gibt es 712 erwachsen getaufte Siebententags-Adventisten in fünf Gemeinden, die von drei Pastoren betreut werden.

Obwohl die Verfassung Aserbaidschans die Religionsfreiheit zusichere, komme es laut „Forum 18“ immer wieder zu Polizeimaßnahmen wegen „illegaler Gottesdienste“. So sei beispielsweise am 31. Oktober 2010 eine Erntedankfeier der Baptisten in Kusar (Qusar) im Norden des Landes von den Behörden aufgelöst und vier Gemeindemitglieder wären fünf Tage lang inhaftiert worden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Papst fordert entschiedenes Eintreten gegen religiöse Intoleranz

Rom/Italien, 02.01.2011/APD Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, Papst Benedikt XVI., hat in seiner Neujahrspredigt zu einem entschiedenen Eintreten gegen Intoleranz, Unterdrückung und Gewalt zu Lasten von Christen und Angehörigen anderer Religionen aufgerufen. Die Diskriminierung, unter der gegenwärtig vor allem Christen zu leiden hätten, dürfe nicht zu Mutlosigkeit und Resignation führen, sagte der Papst. Die Menschheit könne sich nicht mit der „negativen Kraft des Egoismus und der Gewalt“ abfinden,

welche die Zukunft ganzer Völker gefährde. Die Religionsfreiheit sei „unverzichtbarer Bestandteil jedes Rechtsstaates“: Wer dieses Grundrecht verleugne, stelle zugleich die Menschenrechte insgesamt in Frage; die Religionsfreiheit sei deren „Gipfel und Zusammenfassung“, erklärte Benedikt XVI. im Petersdom in Rom.

Die römisch-katholische Kirche begeht am 1. Januar den Weltfriedenstag. Den Welttag des Friedens 2011 hatte der Papst unter das Leitwort gestellt: „Religionsfreiheit – der Weg zum Frieden“.

Wie Kathpress meldete, kritisierte der Papst in seiner Predigt, „die Welt sei weiterhin von der „Logik des Krieges“ geprägt. Das neue Jahr beginne im Bewusstsein, dass angesichts der „tragischen Ereignisse der Geschichte“ und der „Logik des Krieges“, die immer noch nicht überwunden sei, nur Gott der Menschheit Hoffnung und Frieden garantieren könne. Es gelte zu Jahresbeginn auf „den Schrei“ der vielen Männer, Frauen, Kinder und Alten zu hören, die Opfer von Kriegen geworden seien; diese stellten das „grauenvollste und gewalttätigste Antlitz der Geschichte“ dar.

Worte allein reichten nicht aus, um ein friedliches Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten: Es bedürfe konkreter Anstrengungen der Verantwortlichen in den verschiedenen Nationen und vor allem jedes Einzelnen in seinem Alltag, betonte Benedikt XVI.

Der Weltfriedenstag wurde in der katholischen Kirche im Jahr 1967 von Papst Paul VI. (1963-1978) eingeführt. In einer Friedensbotschaft wandte sich Paul VI. an die Regierenden in aller Welt und erklärte den 1. Januar zum Weltfriedenstag, der 1968 zum ersten Mal begangen wurde.

In seiner Mitte Dezember veröffentlichten Botschaft zum diesjährigen Weltfriedenstag hatte Benedikt XVI. hervorgehoben, dass eine freie Ausübung des Glaubens nicht nur

in Asien und Afrika, sondern auch in der westlichen Welt gefährdet sei. Die Versuche, Religion in diesem Teil der Welt aus dem öffentlichen Leben zu verbannen, stellten eine „raffiniertere Form der Feindseligkeit gegenüber der Religion“ dar, so der Papst.

Laut Kathpedia gilt der Papst in der katholischen Kirche als oberster Herr der Gesamtkirche und Stellvertreter Christi auf Erden. Unter der Bezeichnung Heiliger Stuhl handelt der Papst mit der Kurie international als nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt und vertritt zugleich den Vatikanstaat, dessen Staatsoberhaupt er ist.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Weltbevölkerung wächst auf 6.934.196.000 Menschen

Im Jahr 2011 wird die Sieben-Milliarden-Marke überschritten

Hannover, 01.01.2011/APD In der Nacht zum 1. Januar 2011 gab es nach Schätzungen 6.934.196.000 Menschen auf der Erde. Das sind rund 80 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Und die Menschheit wächst weiter: jede Sekunde um durchschnittlich 2,6 Erdenbürger. Etwa Mitte 2011 wird die Weltbevölkerung die Sieben-Milliarden-Marke überschreiten und im Jahr 2025 acht Milliarden Menschen umfassen. Diese Zahlen gab die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) zum Jahresende 2010 bekannt.

Besonders rasant wachse die Bevölkerung in den Entwicklungsländern: Heute lebten hier 82 Prozent der

Weltbevölkerung, insgesamt 5,7 Milliarden Menschen. Bis zum Jahr 2050 kämen noch einmal rund 2,2 Milliarden Menschen hinzu. Prozentual wachse die Bevölkerung Afrikas am schnellsten. Bis zur Jahrhundertmitte würden hier fast zwei Milliarden Menschen leben – doppelt so viele wie heute. Die meisten Länder Afrikas könnten ihre Bevölkerung schon heute nicht mehr ausreichend versorgen. Das rasante Bevölkerungswachstum übe zusätzlichen Druck auf die natürlichen Ressourcen sowie auf Bildungs- und Gesundheitssysteme aus und verschärfe die Armut.

Allein in Afrika südlich der Sahara würde sich das Bevölkerungswachstum um ein Fünftel verringern, wenn alle Menschen ungewollte Schwangerschaften vermeiden könnten. „Noch immer werden jedes Jahr 75 Millionen Frauen in den Entwicklungsländern ungewollt schwanger, vor allem weil ihnen der Zugang zu Aufklärung und Verhütung fehlt“, betonte DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr. „Wenn wir die Armut an ihrer Wurzel bekämpfen wollen, müssen wir Frauen helfen, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden. Deshalb sind höhere Investitionen in Aufklärung und Verhütung so wichtig.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!